



FEBRUAR/MÄRZ 2010 · NR. 25

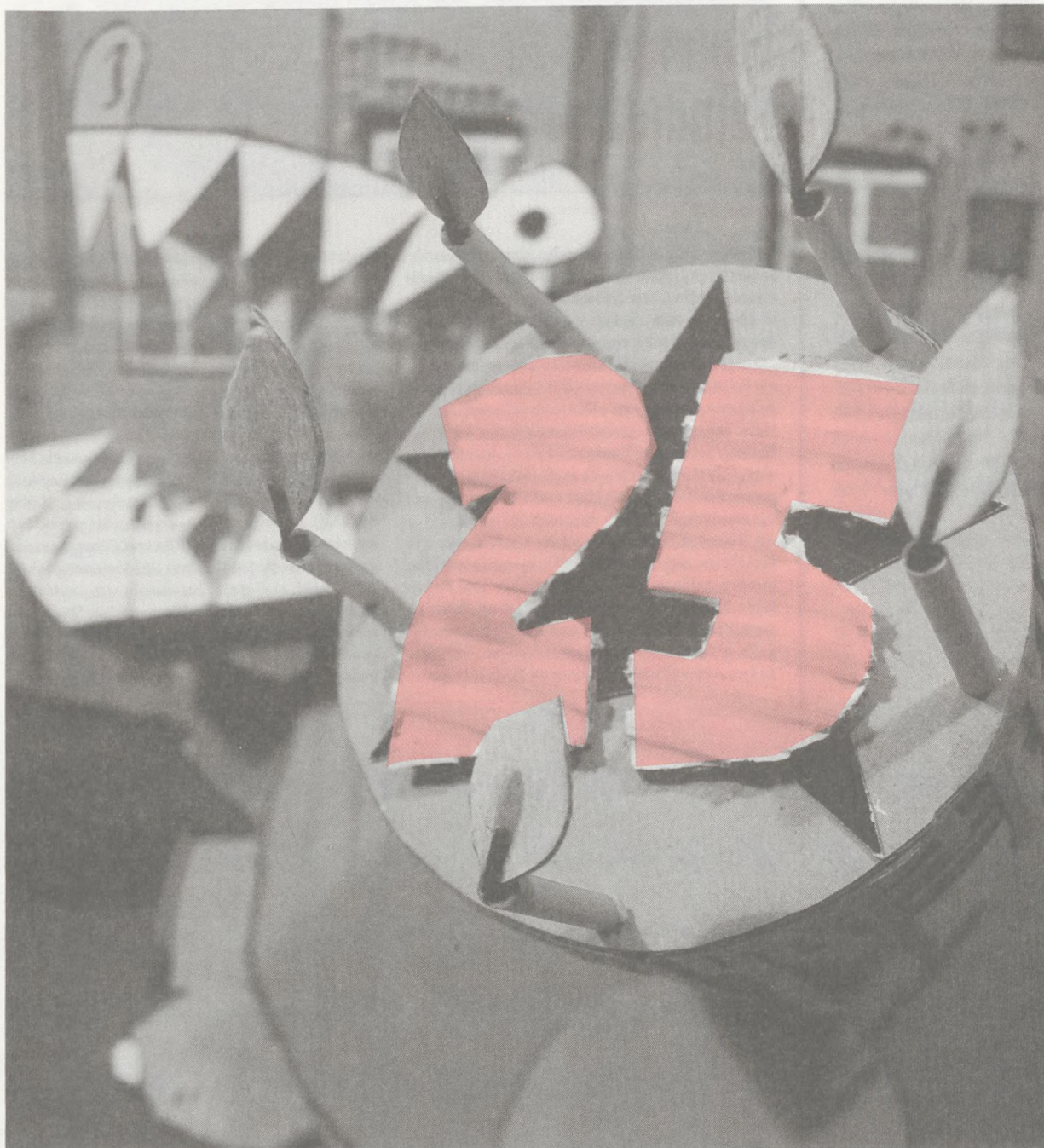
Christliches Pressesearch-
und bildungszentrum
berlin e.v. (apabiz)

Schmiedestr. 10 | 10999 Berlin
Tel: 030 614 62 40
Fax: 030 614 62 41
Email: mail@apabiz.de www.apabiz.de



ANTIBERLINER

Basisdemokratischer Bastelbogen



in eigener sache

Fünf Jahre ist es nun her, seit der erste Antiberliner in den Druck ging. Zum Jubiläum erscheint zudem die 25. Ausgabe. Wir haben also zwei Gründe zum Feiern, während das repressive politische Klima in der Stadt immer unerträglicher wird. Im uns Nahe stehenden Laden „Red Stuff“ in Kreuzberg fand im Januar 2010 eine Razzia statt, nur weil es dort Plakate gab, die zur Blockade eines Naziaufmarschs aufriefen. Auf einer anderen Ebene wird zivilgesellschaftlichen Projekten gegen Rechts die staatliche Förderung gekürzt, da nun auch der Kampf gegen „Linksextremisten“ finanziert werden soll. Mehr dazu im Schwerpunkt dieser Ausgabe. Daran anschließend veröffentlichen wir einen streitbaren Diskussionsbeitrag von Prof. Peter Grottian, von dem auch wir hoffen, dass er zu einer Debatte beiträgt. Weitere Artikel beschäftigen sich mit Islamfeindlichkeit und dem Rechtsruck in Chile. Während das Interview mit Pappasatt aufzeigt, dass Kreativität etwas Farbe in den grauen Demoalltag bringen kann. Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

impressum

V.i.S.d.P.: Ernst Schneller
Schnellerstraße 20
12349 Berlin

Redaktionskontakt:
[e] antiberliner@web.de
[i] www.antiberliner.de

UnterstützerInnen:
Antifaschistische Linke Berlin

Namentlich gekennzeichnete
Artikel spiegeln nicht
unbedingt die Position des
Redaktionskollektives wider.

Bei meinem angezündeten Auto war alles relativ einfach. Wir hatten uns 2002 in einem linken Bündnis auf den Weg gemacht, um den rituellen 1. Mai in Berlin-Kreuzberg zu repolitisieren. Wir hatten ein Konzept für ein polizeifreies Kreuzberg entwickelt, die bisherigen 1.-Mai-Bündnisse provoziert, indem wir eine wirkliche politische Debatte über unsere zukünftige Stadt ins Zentrum des 1. Mai rücken wollten. Uns schwebte ein politischer 1. Mai vor – keine DGB-Lang-

Anders als früher, werden Brandstiftungen nicht mehr politisch diskutiert, jedenfalls nach meiner Kenntnis nicht in kleineren oder größeren Gruppen und Organisationen, die zur Szene gehören. Es gibt die „klammheimliche Freude“ oder Verurteilung – eine ernsthafte Debatte gibt es nicht. Die verschwiegene Kleinteiligkeit von Kleinstgruppen hat eine neue Politikform des provozierend wortlosen Unberechenbaren gefunden.

Panik ist die Reaktion eines Teils der blutrünstigen

Wie der Staat über brennende Autos eine neue Feinderklärung inszeniert

Von Peter Grottian

weiligkeit, aber auch keine debattelose und gewalttrotzende Auseinandersetzung mit der Staatsmacht und der Polizei. Die Debatten tobten, die Konflikte in der Szene schwellen an – und mein Auto brannte komplett aus. Als ich von einer mehrstündigen Vorbereitungssitzung zum 1. Mai zurückkam empfing mich ein Polizist mit den Worten: „Das hamse nun von ihrem politischen Engagement.“ Die mutmaßlichen Brandstifter kamen aus der radikalen autonomen Szene, die Botschaft war klar: Grottian und das 1.-Mai-Konzept vom Acker! Aber es wurde auch diskutiert, ob man gerade das Auto von Grottian anzünden sollte – und der Anschlag wurde auch verurteilt.

Heute ist nichts mehr einfach, sondern alles sehr kompliziert. Keine Sau weiß wirklich, warum weit über hundert Autos in Brand gesteckt worden sind. Keiner kennt Täter und Motive, Gerüchte wabern durch die Stadt. Es spricht selbst in den Augen der Polizei sehr viel dafür, dass politische Motive, aber auch ganz vielfältige andere dahinter stecken. Keiner weiß wirklich etwas.

Boulevardpresse und nach einer Beruhigungsstrategie („Wir unternehmen alle politischen und polizeilichen Anstrengungen.“) auch des Staatsapparates. Das völlig unberechenbare Abfackeln unterschiedlichster Autotypen zwingt den Polizei- und Staatsakteuren ein Erklärungs-panorama ab, das von der Öffentlichkeit geglaubt werden kann. Und hier holt man aus der Mottenkiste, was immer zieht, wenn Staat und Gesellschaft angeblich in ganz großer Gefahr sind (obwohl nachweislich in der Geschichte der Republik kein einziger Zeitpunkt bekannt ist, an dem die Republik ernsthaft gefährdet war – noch nicht einmal zu Zeiten der RAF). Die linken Gruppen werden bis zur wirklich kreuzbraven Partei DIE LINKE unter Generalverdacht gestellt – obwohl Staat, Polizei und Verfassungsschutz nichts, aber auch gar nichts wissen, was ihr Horrorgemälde leuchten lassen könnte. Eine Studie des Verfassungsschutzes kommt zwar mit einem seriösen wissenschaftlichen Anspruch daher, ist aber nichts anderes als eine verkleidete Boulevardzeitung

Krise - Überproduktion - Abwrackprämie
Autos sterben viele Tode...





...mehr oder weniger umweltfreundlich?

schlimmster Sorte. Und das Schlimmste: Dieser Flachsinn von Analyse wird auch in seriösen Tageszeitungen und TV-Nachrichten kritiklos nachgeplappert. Nur einige Journalisten wagen diese innere Feindklärung anzuzweifeln, die meisten übernehmen alles wie in einem absolutistischen Staat. Und der für sozialdemokratische Verhältnisse besonnene Innensenator Erhart Körting gießt noch gedankenlos den Begriff von den „rotlackierten Faschisten“ wider besseren Wissens in die Debatte. Das ist ein demokratischer Niveaubruch, den die Öffentlichkeit einem Senator nicht durchgehen lassen sollte.

Nicht die innere Feindklärung ist die Problemlösung, sondern die Frage, warum es offensichtlich junge Menschen gibt, die ihre radikalen gesellschaftsverändernden Vorstellungen nur noch mit dem Abfackeln von Luxusautos ausdrücken zu können glauben. Wer eine Hoffnung auf Gesellschaftsveränderung nur noch mit brennenden Autos – und nicht einmal mit flammenden Worten – ausdrückt,

ist im Begriff sich selbst aufzugeben und unterschätzt vor allem das Gewaltmonopol des Staates. Die Debatte um brennende Autos ist nur der Vorspann eines hysterisierten Sicherheitsstaates, der den Handlungsspielraum des linken Spektrums systematisch einschränken will. Die Verbotsgerüchte über linke Gruppen in der Stadt sind ein erstes Menetekel.

Darüber ist öffentlich und in kleinen Gruppen die inhaltliche Auseinandersetzung zu führen – mit dem Ziel, den Sicherheitswahn des Staates und der Polizei einzuschränken, aber auch wieder das gerissene Band zwischen radikalem Reformismus und gewaltbereiter Gesellschaftsveränderung zu knüpfen. Wir hatten schon öfters in Berlin Situationen – bei Instandbesetzungen, RAF-Zeiten, Berufsverboten – wo hitzig seriöse Auseinandersetzungen zu einem Lernprozess zur Gewaltfrage geführt haben. Das gerissene Band zu den Radikalen ist das Problem und nicht die machtbewusste Inszenierung eines inneren Feindes. ★

Noch ist es Sommer, die Gärten der Reichen werden gesprengt und der Rollrasen an den Seiten der Straßen ausgerollt. Die Schule hat nach den Sommerferien gerade wieder angefangen, T-Shirt-Wetter lädt zum Grillen ein. Dazu gehen Bier und Fußball. Leider wird es im Wintermonat Juni schon wieder kälter sein und es dauert auch noch ein wenig, jedoch ist die kommende WM in Südafrika allgegenwärtig. Überdimensionale Werbung der Sponsoren springt ins Auge, Logos prägen Briefmarken und Lampenschirme tragen Fußballflecken. Alles ähnlich wie in Deutschland vor 4 Jahren, die Situation allerdings ist eine andere. Die Schere zwischen arm und reich ist um einiges weiter geöffnet; die Grillparties der Reichen, zumeist Weißen, finden nur hinter Elektrozaunen statt. Auch 16 Jahre nach dem offiziellen Ende der Apartheid sind die Menschen noch getrennt, nicht mehr offiziell vor dem Gesetz, aber als Konsequenz daraus bestehen die alten Strukturen in der Trennung von arm und reich fort. Geschaffen von den rechtsradikalen Buren, unterstützt von Altnazis, der deutschen Bundesregierung und

international operierenden Unternehmen wie Daimler, Rheinmetall oder BASF. Erstere sehen sich jetzt in den USA mit einer Klage von Geschädigten des Apartheidregimes konfrontiert. Derzeit läuft das Berufungsverfahren, das Daimler gegen die Zulassung der Klage angestrengt hat. Während dies der „Financial Times Deutschland“ den Leitartikel der Titelseite wert war, gab es bei anderen nicht mal eine Meldung. Grund dafür ist die große Angst vor dem schlechten Geschäft, die in einer Wirtschaftszeitung den Platz von Al-Qaida einnimmt. Aus dem Artikel spricht die Angst, das Urteil könnte zu WM-Zeiten erfolgen. Dabei sollte die WM doch in erster Linie eines sein: Ein gutes Geschäft! Faszinierend nur, wie etwas Brot und viel Spiel noch immer ihre Wirkung tun...

Tante Käthe:
Wintermärchen



Total extrem

„Total Extrem – die (neue) Funktion der Totalitarismus- und Extremismustheorie“ unter diesem Titel erscheint eine neue Broschüre der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB). In den letzten Monaten war der Fokus vom VS, dem Innensenat und der Boulevardpresse immer wieder auf die radikale Linke ausgerichtet. Eine Folge der neuen schwarz-gelben Bundesregierung oder die Zunahme linker Sachbeschädigungen oder ein Zusammenspiel der beiden Faktoren? Ausdruck eines Paradigmenwechsels der Bundesregierung ist, dass diese plant ihre Programme gegen Rechtsextremismus auf „Linksextremismus“ und Islamismus auszuweiten. Damit sollen antifaschistische Aktivitäten mit rechter Gewalt ideologisch gleich behandelt werden, politische Angriffe gegen Links werden damit in den nächsten Jahren von Seiten Konservativer und Rechter zunehmen. Über die beiden Ansätze Totalitarismus und Extremismus will diese Broschüre, die ab März 2010 erscheint, aufklären und ihre politische Funktion deutlich machen. Dazu gibt es Beiträge u.a. von Christoph Butterwegge, Evrim Baba, Wolfgang Wippermann und Kurt Pätzold.

Veranstaltung • Mittwoch • 17.2.2010
19 Uhr • Festsaal Kreuzberg • Berlin

Was bereits in der Koalitionsvereinbarung der neuen schwarz-gelben Bundesregierung ausgehandelt wurde, nämlich dass „die Aufgabenfelder des Fonds für Opfer rechtsextremistischer Gewalt sowie des Bündnisses für Demokratie und Toleranz auf jede Form extremistischer Gewalt ausgeweitet werden“, nimmt nun Gestalt an. Die bisher von der Bundesregierung geförderten Programme gegen Rechtsextremismus sollen in „Extremismusbekämpfungsprogramme unter Berücksichtigung der Bekämpfung linksextremistischer und islamistischer Bestrebungen“ umfunktionierte werden.

der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung finanziert wird. Sein Ansatz ist wissenschaftlich umstritten und wird von renommierten Sozialwissenschaftlern wie Richard Stöss, Christoph Butterwegge, Elmar Brähler und Oliver Decker abgelehnt. Kritisiert wird hierbei unter anderem, dass sich der Extremismusbegriff empirisch nicht halten lässt. Um beim Beispiel zu bleiben: Empirische Studien gehen davon aus, dass über 30% der Bevölkerung rassistisch eingestellt sind. Der von Jesse definierte „Extremismus“ ist also offensichtlich auch ein Problem der demokratischen Mitte.

Links? Rechts? Total Extrem!

Die Debatte um den Haushalt der neuen Familienministerin Kristina Köhler, in dem auch die Mittel für die „Programme gegen Extremismus“ enthalten sind, sorgte ein weiteres Mal für die Verharmlosung von rechter Gewalt. Denn die Gleichsetzung von so genannten „Links- und Rechtsextremen“ entbehrt jeglicher Grundlage.

Jetzt geht es um konkrete Mittel. So sollen zwei Mio. Euro, die angeblich noch aus dem Etat der chronisch unterfinanzierten Programme gegen „Rechtsextremismus“ des letzten Jahres stammen, in zwei Pilotprojekte gegen „Linksextremismus“ und Islamismus gesteckt werden. Nach Ansicht der Familienministerin ein völlig normaler Vorgang: „Es ist doch selbstverständlich, dass wir gegen alle Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vorgehen. Es gibt keine guten Extremisten!“. Dass sich derartige Positionen auch in der Sozialdemokratie wieder finden, demonstrierte bereits Berlins Innensenator Ehrhart Körting, indem er sich auf den SPD Nachkriegsvorsitzenden Kurt Schumacher bezog und gegen „rotlackierte Faschisten“ hetzte. In der Welt, dem eigentlich noch etwas moderateren Teil der Springerpresse, wurde sogar ein „Rock gegen Links“ gefordert. Dabei gibt es derartige Veranstaltungen schon seit den achtziger Jahren. Neonazis hatten damals mit dem „Rock against Communism“ eine eigene Musikrichtung, als Begleitung für Mord und Totschlag geschaffen.

Die im herrschenden Diskurs gebrauchten Begriffe „Rechts- und Linksextremismus“ werden durch die Extremismustheorie definiert. Sie suggeriert eine Bedrohung der Demokratie durch verschiedene „Extremisten“ und vermittelt, dass eine politische Mitte der Gesellschaft existiert, die sich von diesen Extremen klar unterscheiden lässt. Demnach sind rassistische Einstellungen beispielsweise Ausdruck der Extreme, aber sicher kein Problem der Mehrheitsgesellschaft. Einer der einflussreichsten Protagonisten der Extremismustheorie ist Eckhard Jesse, der unter anderem vom Verfassungsschutz, der Bundeszentrale für politische Bildung, der CDU und

So richtig neu ist die Extremismustheorie nicht, bedient sie sich doch wesentlicher Elemente der aus dem „Kalten Krieg“ bekannten Totalitarismustheorie. Ursprünglich entwickelt wurde diese Theorie in den zwanziger Jahren in Italien. Von einigen Konservativen wurde aufgrund angeblich revolutionärer Züge des italienischen Faschismus behauptet, dass der Faschismus große Ähnlichkeit mit dem Bolschewismus habe. Auch in Deutschland wurde diese „Rot gleich Braun“-These sowohl von Konservativen als auch von einigen Sozialdemokraten als politische Propaganda verwendet. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 wurde es aus verständlichen



Wahlplakat der SPD Hamburg 1924:
Historisch bedingte Gleichsetzung von Links und Rechts mit schwerwiegenden Folgen...

Gründen sehr still um die Totalitarismustheorie. Dies ändert sich allerdings mit dem Beginn des „Kalten Krieges“. Nun wurden die Ostblockländer und speziell die Sowjetunion mit dem Nationalsozialismus verglichen und die Totalitarismustheorie hielt Einzug in die Lehrpläne der Schulen und Universitäten. Das Verbot der KPD 1956 beispielsweise wurde mit den „Erfahrungen“ begründet, die man im Kampf mit „diesen totalitären Systemen“ habe. Zwar gab es bereits in den fünfziger und sechziger Jahren von wissenschaftlicher Seite massive Kritik an der Theorie, doch erst mit der „Entspannungspolitik“ der siebziger Jahre verlor diese an Bedeutung. Nach dem Zusammenbruch der Ostblockstaaten schenkte die „DDR-Forschung“ der Totalitarismustheorie wieder Beachtung und zog Parallelen zwischen





Wahlplakat der SPD 1932:
... selbst ein Jahr vor der Machtübertragung an die Nazis wird
die Notwendigkeit der antifaschistischen Einheit nicht erkannt.

Hitler und Honecker oder der Gestapo und der Stasi. Und dies ungeachtet dessen, dass sich derartige Vergleiche wissenschaftlich in keiner Form halten lassen.

Die aktuell inszenierte Gleichsetzung von „links- wie rechtsextremem Gewalt“ ist nicht weniger absurd, denn die Motive und Ziele gegen die sich Gewalttaten bei Linken und Rechten richten sind grundverschieden. Neonazis gehen von einer unterschiedlichen Wertigkeit der Menschen aus, verorten sich selbst in der höchstwertigen Gruppe und legitimieren so ihre Gewalt gegen vermeintlich Minderwertige. Mit welcher Brutalität und Skrupellosigkeit die Gewalttaten von Rechten begangen werden, davon zeugen die mehr

als 140 Todesopfer seit 1990 in Deutschland. Der Bielefelder Konflikt- und Gewaltforscher Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer spricht auch von einer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ bei „Rechtsextremen“. Sie lässt sich unmittelbar auf deren Ideologie zurückführen, deren zentralen Aspekte folgende sind: Autoritarismus, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, eine Abwertung von Behinderten und Obdachlosen und eine Art von Etablierten-vorrecht, bei dem die „Alteingesessenen“ mehr Rechte besitzen sollen als die „Zugezogenen“. Und schließlich Sexismus, der als Demonstration der Überlegenheit des Mannes und fixierte Rollenzuweisung an Frauen wie Männer zu verstehen ist. Männliche Dominanz spielt auch bei rechter Gewalt eine zentrale Rolle, es geht darum Macht zu demonstrieren und auszuüben, um so ein Gefühl von Überlegenheit herzustellen.

Im Gegensatz zu Neonazis gehen Linke von der Gleichwertigkeit aller Menschen aus und setzen sich für eine gewalt- und herrschaftsfreie Gesellschaft ein. Grundsätzlich lehnen Linke somit Gewalt ab, denn diese beinhaltet immer auch ein Repertoire an autoritären, repressiven und regressiven Momenten. Linke Militanz steht somit in einem Widerspruchsverhältnis und erfolgt in dem Bewusstsein, dass Militanz nur so lange Bestand haben darf, wie die Linke zur Durchsetzung der eigenen (Teil-) Ziele auf eben solche Mittel zurückgeworfen ist. Sprich so lange wie sie in einer bürgerlichen Gesellschaft agiert, die sowohl in ihrer Konstitution und Geschichte gewaltsam gewesen ist und deren Herrschaftsformen gewaltförmig angelegt sind. Dem eigenen Selbstverständnis folgend sollte nur dort linke Militanz vonnöten sein, wo bereits alle anderen Mittel nicht mehr greifen können, weil ihnen mit Gesetz und Polizei die formierte staatliche Gewalt

entgegensteht. Linke Militanz sollte somit immer als Konsequenz rationaler Entscheidungen erfolgen und bedarf politischer Begründungen. Gegenwärtig richtet sich linke Militanz vor allem gegen staatliche Zwangsapparate, rassistische Gewalt und soziale Verelendung und findet ihren Ausdruck hauptsächlich in Gewalt gegen Sachen. Militante Aktionen gegen Nazis und Polizisten erfolgen in einem wesentlich geringeren Maß und selbst diese Aktionen verlaufen anhand selbst gesetzter Grenzen, dass kein Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden sollte. Die Konsequenz dieses Selbstverständnisses ist, dass seit 1990 den mehr als 140 Todesopfern rechter Gewalt und den ungezählten Toten, die die gesellschaftliche Mitte durch Kriege und Polizeieinsätze zu verantworten hat, nur ein einziges Todesopfer linker Militanz gegenübersteht. Dabei handelt es sich um den Neonazi Gerhard Kaendl. Sein Tod führte in der linken Szene zu einer intensiven Diskussion über die Verhältnismäßigkeit von Gewalt, wovon auch etliche Veröffentlichungen zeugen. Mehrheitlich wurde argumentiert, dass Militanz kritisch reflektiert werden muss und sich nicht verselbständigen darf. Für die rechte Szene oder öffentliche Debatten über Polizeigewalt und Bundeswehreinsätze wäre eine derartige Debatte völlig untypisch.

Die Programme gegen „Rechtsextremismus“ nun auch gegen „Linksextremisten“ anwenden zu wollen, ist also auch in der Praxis völlig sinnlos. Denn so genannte Präventivprogramme gegen „Rechtsextremismus“ können Jugendlichen vermitteln, dass ein Mensch nicht weniger wert ist, weil er eine andere Hautfarbe hat, einer anderen Religion angehört oder aus anderen sozialen Verhältnissen kommt. Wie aber soll diese Präventivarbeit gegen „Linksextremismus“ aussehen? Sollen die Programme etwa vermitteln, dass es gut ist in anderen Ländern Kriege zu führen, durch Mieterhöhungen weniger Wohlhabende aus dem Stadtzentrum zu verdrängen oder den Neonazi zu tolerieren, der einem gerade den Schädel einschlagen will? Und was für einen Sinn macht etwa ein Aussteigerprogramm für die linke Szene, in der jeder nach Lust und Laune aufhören kann aktiv zu sein?

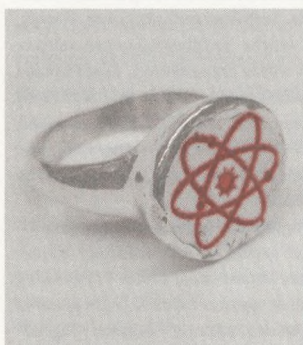
Nicht zuletzt werden die Programme gegen „Linksextremismus“ an den gleichen Problemen krank, wie die Programme gegen „Rechtsextremismus“: Sie sind darauf ausgerichtet Symptome zu bekämpfen, nicht aber die Ursachen. Jugendlichen in Programmen die Gleichwertigkeit aller Menschen zu lehren, damit sie nicht zu Neonazis werden, ist nichts als Sisyphusarbeit in einer Gesellschaft, die nach dem Konkurrenzprinzip organisiert ist und daher täglich Armut und Ungleichheit produziert. Dies gilt besonders dann, wenn diese Verhältnisse regelmäßig durch Medien und Politiker der „demokratischen Mitte“ legitimiert werden, die vermeintlich faule Arbeitslose, Muslime und andere Minderheiten stigmatisieren. ★

Faktisch für den reibungslosen Ablauf von Neonazi-Aufmärschen in der BRD zuständig. Bei den Rechten mit den Gesichtern nach außen gerichtet; bei Antifa-Demonstrationen mit den Gesichtern und Kameras auf die Aktivisten fokussiert.



Ausstieg aus dem Ausstieg

Bei einem Treffen zwischen den Energiekonzernen und der Bundesregierung wurde Ende Januar festgelegt, dass vorerst alle 17 deutschen Atommeiler am Netz bleiben. Dieses gilt auch für Uraltmeiler Neckarwestheim 1 und Biblis A, die nach dem rot-grünen Atomkonsens bald abgeschaltet werden müssten. Sie sollen jetzt so lange weiter betrieben werden, bis sich die schwarz-gelbe Regierung auf ein neues Energiekonzept verständigt hat. Dafür sollen sich



die Energiekonzerne eines Tricks bedienen: Sie sollen nicht verbrauchte Stromkontingente von anderen Anlagen auf die Reaktoren Neckarwestheim und Biblis übertragen dürfen. Die Details des Laufzeiten-transfers müssen die Betreiber untereinander klären. Über das Vorhaben der Regierung, die Atomlaufzeiten generell zu verlängern, wird erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai entschieden. Bereits vor vier Jahren beantragte die Energieunternehmen RWE und EnBW eine Übertragung der Laufzeiten, scheiterten damals jedoch an dem damaligen Umweltministers Sigmar Gabriel (SPD). Die Unternehmen brachten den Fall daraufhin vor Gericht, unterlagen aber auch dort. Doch die neuesten Entwicklungen zeigen, dass der „langsame Ausstieg“ aus dem Atomstrom, den SPD und die aus der Anti-AKW Bewegung geborenen Grünen vereinbart hatten, ein fauler Kompromiss war.

Überraschen dürfte dies eigentlich nicht, denn Feindbilder sind seit jeher die Zugpferde rechter Politik und Islamfeindlichkeit ist das derzeit Stärkste in der westlichen Welt. Wenige Tage vor der Abstimmung veröffentlichte das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld eine Studie, die auf repräsentativen Umfragen in acht

Wurzeln als höherwertig, da diese angeblich aufgeklärt, tolerant und nicht gewalttätig sei. Diese gruppenbezogenen und verallgemeinernden Zuschreibungen sowie die darauf bezugnehmende Einteilung der Gruppen in verschiedene Wertigkeiten, bei Eigenverortung in der höchstwertigen Gruppe, sind ein klassisch rassistisches Muster. Nur werden hier an Stelle der rassistischen

Moderne Kreuzzüge

Bei der Volksabstimmung „Gegen den Bau von Minaretten“ in der Schweiz, stimmten Ende November letzten Jahres 57,5 Prozent der Wähler für das landesweite Bauverbot. Ins Leben gerufen wurde die Initiative maßgeblich von der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP). Nach den Europawahlen 2009 zeigte das Ergebnis erneut, dass Europas Rechte mit islamfeindlicher Propaganda am erfolgreichsten ist.

europäischen Ländern basiert. Demnach ist in diesen Ländern jeder zweite Europäer der Ansicht, dass der „Islam (...) eine Religion der Intoleranz“ sei. Islamfeindliche Einstellungen sind demnach noch weiter verbreitet als Homophobie (ca. 40 Prozent), klassischer Rassismus (ca. 33 %) und Antisemitismus (ca. 25 %).

CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt denkt zwar, dass das Ergebnis der schweizerischen Volksabstimmung „mit Sicherheit nichts (ist), was auf Deutschland in dieser Form zu übertragen wäre.“ Doch das Bielefelder Institut belegt in einer separaten Studie zur BRD, dass auch 30% der Deutschen meinen, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte. Die hier ausgemachten „negativ-stereotypen Haltungen gegenüber dem Islam“ ermittelte selbst eins der bekanntesten Meinungsforschungsinstitute des Landes, das Institut für Demoskopie Allensbach. Demnach assoziieren 93% der Deutschen mit dem Islam die „Unterdrückung von Frauen“ und 83% „den Terror“.

Es sind diese Stereotypisierungen, in denen sich Islamfeindlichkeit am deutlichsten manifestiert. Bei ihnen handelt es sich ausschließlich um negative Zuschreibungen, die verallgemeinert eine bedrohliche Fremdgruppe konstruieren. Ihr gegenüber erscheint die „eigene Kultur“ mit ihren christlich-abendländischen

kulturelle Zuschreibungen vorgenommen.

Die Grenze zwischen notwendiger Religionskritik und kulturalistischer Stereotypisierung verläuft in diesem Zusammenhang genau dort, wo „Unterdrückung von Frauen“, „Terror“ und anderes unmittelbar dem Islam zugeschrieben wird, ohne sich auch nur ansatzweise mit der Materie vertraut gemacht zu haben. So lassen die meisten „Islam-Kritiker“ sowohl elementare Sachkunde über die Religion, als auch wissenschaftliche Erkenntnisse aus den Sozialwissenschaften vermissen, die patriarchale Verhältnisse und Gewalt etwa auf das Bildungsniveau, die politischen Verhältnisse in den Herkunftsländern oder die Familien- und Sozialstruktur zurückführen würden.

Islamfeindliche Einstellungen finden sich inzwischen in allen Schichten der Gesellschaft und quer durch die politische Landschaft der BRD. Selbst in Teilen der Linken werden die Stereotype immer wieder unkritisch reproduziert. Die extremste Folge dieses gesamtgesellschaftlichen Diskurses zeigte sich im letzten Sommer, der Mord an der muslimischen Apothekerin Marwa S. im Dresdner Landgericht, hätte bereits Anlass gegeben, sich kritisch mit den öffentlichen Debatten über den Islam und auch der eigenen Position auseinanderzusetzen. ★

Wagen auf dem Düsseldorfer Karneval: Inzwischen assoziieren 83% der Deutschen „Terror“ mit dem Wort Islam



Nach dem grausamen Militärputsch gegen die Regierung Allendes (1973) wurde Chile in den ersten Jahren der Diktatur zum Experimentierfeld für das neoliberale Modell. Diese ökonomische Ausrichtung änderte sich auch nicht, als es in Chile 1990 zum so genannten demokratischen Übergang kam. Denn der Transformationsprozess stellte keinen Bruch, sondern lediglich einen Kompromiss zwischen der Pinochet-Diktatur und der Opposition dar.



Bis heute gibt es in Chile keine Gerechtigkeit für die Opfer der Diktatur.

Rechtsruck im Süden Lateinamerikas

Der Multimillionär Sebastián Piñera, Kandidat des rechten Parteibündnisses »*Alianza por Chile*«, gewann am 17. Januar 2010 die Stichwahl zum Präsidenten Chiles. Damit scheiterte die seit dem Ende der Pinochet-Diktatur ununterbrochen regierende Mitte-Links-Koalition »*Concertación para la Democracia*« im zweiten Wahlgang.

Das von da an existierende Wahlsystem bewirkte in der Praxis, dass die Wahlen zwischen den beiden großen Parteiblöcken, der *Concertación para la Democracia* und der *Alianza por Chile*, ausgemacht wurden. Die Konsequenz daraus war, dass jeweils ein Sitz pro Distrikt an beide Bündnisse ging. So regierte die *Concertación* zwanzig Jahre lang, ohne die versprochenen Veränderungen durchzuführen zu können. Stattdessen wurde sie zur Verwalterin des neoliberalen Modells und intern kam es zu Spaltungen und Korruptionsskandalen. Trotz der Zerrüttung der *Concertación* konnte die Präsidentin Michelle Bachelet zum Ende ihrer Amtszeit kleinere Reformen durchsetzen, die die von Pinochet eingeführte Privatisierung im Gesundheits-, Sozial- und Rentensystem einschränkten. Dadurch erreichte sie zuletzt eine hohe Popularität. Bei den letzten Wahlen konnte sie aber nicht antreten, da die Verfassung eine zweite Kandidatur in Folge nicht vorsieht.

Das machte den Weg frei für den rechten Kandidaten Sebastián Piñera der *Alianza por Chile*. Dieser versprach die von Bachelet angestoßenen sozialen Reformen nicht anzutasten und zudem ein Programm für mehr staatliche und soziale Politik umzusetzen. Diese Versprechen passen zu seinem selbstkreierten Image als »Präsident aller Chilenen«.

Doch der Wahlsieg Piñeras in Chile stellt eine politische Zäsur dar. Erstmals seit dem Ende der Diktatur nimmt die Rechte das Amt des Präsidenten ein. Die

Alianza wurde einst von den Regimetreuren Pinochets gegründet und stellt eine Ansammlung reaktionärer Gruppen und Parteien der chilenischen Elite dar. Auch wenn Piñera im eigenen Bündnis eher im Zentrum als rechts außen zu verorten ist – so vertritt er bei Themen wie Homosexuellenrechte und Abtreibung vergleichsweise fortschrittliche Positionen – steht Chile ein enormer politischer Rechtsruck bevor. Denn der so genannte »Berlusconi Chiles« sieht seine politischen Ziele vor allem in der Elitenförderung in der Bildung, dem Ausbau der Privatisierung von Staatsunternehmen, sowie Einschränkungen der Rechte von Gewerkschaften und Arbeitern. Ferner verfolgt er einen harten Sicherheitsdiskurs, der seinen Ausdruck im Ausbau der »Inneren Sicherheit« finden soll. In der internationalen Politik orientiert er sich, wie Kolumbien und Peru an der Strategie der USA für Lateinamerika. Seine politische Einstellung zeigt sich vor allem, wenn es um die Aufarbeitung der diktatorischen Vergangenheit geht. So bekräftigte Piñera, dass er als Präsident, die »niemals endenden« Menschenrechtsverfahren gegen die Verantwortlichen der Diktatur einstellen werde.

Für Chile – ein Land, in dem der Übergang zur Demokratie unvollendet ist – bedeutet der Wahlausgang einen enormen Rückschlag. Auch setzt er einen Kontrapunkt in Lateinamerika, wo derzeit überwiegend linke Präsidenten regieren. ★

Chile- Freundschaftsgesellschaft Salvador Allende e.V.

Graffiti - Santiago de Chile



The F word...

Am 8. März 2010 findet zum 99ten Mal der internationale Frauentag statt. Leider erscheint Feminismus nur noch als ein leiser, verschämter Diskurs. So findet bspw. das Thema familiäre Gewalt höchstens in der Integrationsdebatte noch Unterschlupf, den »herkunfts-deutschen« Frauen scheint es nur an Kindergartenplätzen zu fehlen. Doch die Realität sieht anders aus: Gegenwärtig fliehen jährlich 40.000 Frauen in Deutschland in ein Frauenhaus. Neben diesem Extrem weist die Studie »Junge Frauen – junge



Männer« auf eine unterschwellige geschlechtsbezogene Diskriminierung hin: So verrichten schon 12- bis 15-jährige Mädchen mehr Hausarbeit als Jungen. Während junge Männer (20 bis 25 Jahre) täglich 1 Stunde Hausarbeit und Kinderbetreuung leisten, nehmen diese Aufgaben 2 Stunden des Zeitbudgets gleichaltriger Frauen in Anspruch. Dabei halten junge Frauen (unter 30-Jährige) mit 76% eine partnerschaftliche Teilung der Hausarbeit für wichtig. Auch im Arbeitsbereich zeigt sich nach wie vor eine Benachteiligung von Frauen. Fast 40% der abhängig beschäftigten Frauen, so eine OECD-Studie, sind im informellen Arbeitssektor beschäftigt, während die Rate bei Männern 14% beträgt. Der informelle Arbeitssektor entzieht sich weitgehend staatlichen Regelungen, so dass hier generell der Verdienst gering ist, Unfallraten hoch sind und es keine soziale Absicherung gibt.

»Die Natur des Kapitalismus – Von der Kritik zur Kommunistischen Ökologie?«

Ausgang der Veranstaltungsreihe der **jour fixe initiative berlin** ist der offensichtliche Zusammenhang zwischen ökologischer und sozialer Frage. So will die Initiative der Frage nachgehen, ob und wie die ökologische Frage emanzipatorisch gestellt werden kann.

Wird aus der Kritik der Natur des Kapitalismus eine kommunistische Ökologie?

So. - 7. März 2010

Natur und Krise. Widersprüche gesellschaftlicher Naturverhältnisse
Christoph Görg (Leipzig)

So. - 11. April 2010

Lebendige Männlichkeiten – maskulines Leben. Eine gender-theoretische Kulturgeschichte des biologischen Lebensbegriffs
Kerstin Palm (Wien)

So. - 2. Mai 2010

Die Natur des Postkolonialismus
Shalini Randeria (Zürich)

So. - 6. Juni 2010

Natur, Arbeit, Gesellschaft. Der Begriff der Natur in Marx' Kritik der politischen Ökonomie
Michael Koltan (Freiburg/Br.)

So. - 20. Juni 2010

Reproduktion von Natur als ökonomisches Problem
Thomas Kuczynski (Berlin)

<http://www.jourfixe.net/>

Alle Veranstaltungen
jeweils - 18 Uhr
Neue Gesellschaft
für Bildende Kunst [NGBK]
Oranienstraße 25 - HH
10999 Berlin-Kreuzberg

»Nicht mehr auf Demos ohne etwas in der Hand!«

Bei den Protesten gegen MediaSpree und zur Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel tauchten im Internet Videos auf, die das Problem im Scherenschnitt-Stil anschaulich darstellten. Kürzlich erschien ein weiteres aus dem Alltag eines Flaschensammlers. Erstellt wurden alle von „Pappsatt“. Antiberliner fragte nach.



Wir kennen eure Videos. Aber wer seid ihr eigentlich und wie habt ihr euch gefunden?

Wir sind eine kleine Gruppe Gleichgesinnter, die viele Zustände pappsatt hat. Linke Politik und Aktivismus prägen seit vielen Jahren unsere Leben. Gemeinsam losgelegt haben wir damals mit dem Video gegen MediaSpree, als die O2-Arena vorführte wie hässlich die Stadtumstrukturierung sein kann. Frustriert von Latschdemos, die meistens außer Verbalradikalismus und eigener Bauchpinselei nichts bringen, bemühen wir uns seitdem Inhalte über den eigenen Tellerrand hinaus zu vermitteln. Unseren Fähigkeiten entsprechend bedienen wir uns plakativer Plattheiten und subversivem Humor – und jeder Menge Pappe.

Wie seid ihr auf die Pappen gekommen?

Pappe ist gratis und eigentlich überall verfügbar. Im Laufe unserer Arbeit haben wir das Material lieben gelernt, weil man einfach alles daraus machen kann. Außerdem brennt sie gut.

Wie wird so ein Film überhaupt gemacht?

Was wird gebraucht und wie lange dauert es?

Zuerst suchen wir uns einen Anlass, eine Aktion oder einen Termin. Oder dieser findet uns. Dann basteln wir uns eine kleine Welt zusammen, in der wir dann spielen. Wir versuchen für jedes Projekt eine neue Darstellungsform und Technik auszuprobieren. Je mehr Zeit wir haben, desto detailreicher können wir uns austoben.

Im letzten Jahr habt ihr einen Workshop gegeben. Was wurde da gemacht und gibt es sowas nochmal?

Wir bekamen die Anfrage von einem politischen Umsonst-und-Draußen Festival unter dem Thema Armut in Tübingen, ob wir einen Workshop geben wollen. Eine kleine Horde Bastelwütiger hat sich dann mit uns innerhalb von 2 Tagen an das Thema des Flaschensammelns herangewagt. Menschen die Mülleimer nach 8 Cent durchwühlen und 500 Milliarden für die Banken sind zwei Seiten einer Medaille, die sich der Kapitalismus stolz umhängen kann.

Wenn man im Internet nach euch sucht, finden sich zwar schnell eure Videos, das war's dann aber auch. Ist das eine bewusste Entscheidung von euch, oder fehlt es einfach an Zeit?

Wir unterstützen lieber andere Aktionen künstlerisch als unsere Marke zu etablieren, deswegen unterschreiben wir nicht immer mit unserem Namen. Das Internet bietet zwar Vorteile, die wir nutzen wollen, ist aber kein Ort an dem wir uns sonderlich wohl fühlen. Viel zu digital.

Woran arbeitet ihr gerade?

Im Dezember haben wir ein Musikvideo für die Berliner Rapperin Lena Störfaktor gedreht. Wir verraten von der verwendeten Technik nur soviel, als dass die Augsburger ihre Puppen demnächst in die Kiste packen können. Am 27.2.2010 wird es eine Releaseparty mit Conexion Musical, Screening, passender Deko von unseren Freunden von der Strasse und Tanz im Stadteilladen Zielona Gora in Friedrichshain geben. *Be there!* ★



**Neuköllner Stammtischweisheiten
Heute:**

„An der Geschmacksverelendung der Tomate ist vor allem der Kapitalismus schuld.“